



Ärztenschwemme versus Ärztemangel in Österreich

© apops - Fotolia.com

Eine Analyse der medialen Öffentlichkeit der vergangenen 20 Jahre

Im Auftrag des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger wurde von APA-DeFacto eine objektive quantitative Präsenzanalyse erarbeitet, welche die medial geführten Diskurse der Themen Ärzteschwemme und Ärztemangel in Österreich zwischen 1. Jänner 1995 und 14. Dezember 2014 abbildet. Als zugrundeliegendes Mediensample wurden alle österreichischen Tageszeitungen, Wochenzeitungen und Magazine aus dem Bestand der Datenbanken von APA-DeFacto herangezogen. Die Präsenzanalyse basiert auf einer Recherche des Begriffspaars Ärzteschwemme und Ärztemangel (inkl. Wortkombinationen, Synonyme und signifikanter Verknüpfungen). Die damit einhergehenden Akteure wurden anhand automatischer Suchläufe herausgearbeitet und fünf vorweg definierten Akteursgruppen zugeordnet: Hauptverband inkl. aller Trägerorganisationen, Ärztekammern in Österreich, politische Akteure, Medizin-Universitäten sowie Patientenvertretungen. Über diese definierte Präsenzerhebung hinaus wurden Co-Occurrence-Personenakteure bzw. Geodaten der medialen Berichterstattung erhoben. Abgerundet wird die quantitative Präsenzanalyse durch eine Einbettung der Diskurse in medial transportierte Politikfelder und Sachthemen.

„Die Damen und Herren Studenten [sollten] unbedingt vor einem Medizin-Studium gewarnt [werden]“, meint ÖVP-Gesundheitssprecher Erwin Rasinger am 16.9.1998 in der Kronen Zeitung. Er sehe darin eine „gute Idee“, die bereits „vor zehn Jahren passend gewesen wäre“. Knapp 15 Jahre später attestiert Peter Niedermoser, Präsident der Ärztekammer für Oberösterreich, im Neuen Volksblatt vom 4.4.2012: „Fachärzte fehlen, Turnusstellen sind nicht besetzt.“ Abhilfe könnte nur eine vierte

öffentliche Medizin-Universität in Linz schaffen. Es „besteht dringender Handlungsbedarf“.

Im Auftrag des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger wurde von APA-DeFacto eine objektive quantitative Präsenzanalyse erarbeitet. Ziel der Untersuchung ist es, die printmedial geführten Diskurse der Themen Ärzteschwemme bzw. Ärztemangel im Zeitraum von 1995 bis 2014 im Vergleich aufzurollen. Der Fachbeitrag soll anhand von Themenkarrieren,



Mag. Edith Maria Rehberger
ist Politikwissenschaftlerin und Medienanalytikerin der APA-DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.

Präsenzspitzen, regionalen Verteilungen der Berichterstattung sowie ausgewählten Zitaten eine Einordnung der Diskurse in Politikfelder ermöglichen. Anhand einer chronologischen Aufarbeitung der beiden Themen ist weiters eine Identifizierung der Bruchlinien und Kontinuitäten der Diskurse möglich. Durch die Analyse der zentralen Berichterstattung wird zudem die geografische Verteilung der medialen Berichterstattung erkennbar. Schließlich bilden die Ergebnisse die involvierten Akteure und deren Positionierung ab, geben Hinweise auf den potenziellen Emotionalisierungsgrad der einzelnen Themenstränge und zeigen die Veränderungen der medialen Diskurse am Zeitstrahl auf.

1 Chronologie des Diskurses zum Thema Ärzteschwemme

Ausgehend von Deutschland findet seit den 1980er Jahren das Phänomen Ärzteschwemme Eingang in die mediale Öffentlichkeit. Während das Thema im Nachbarland bereits intensiv diskutiert wird und u. a. die Beschränkung von Studienplätzen an Medizin-Universitäten einen vieldiskutierten Lösungsansatz darstellt, bleibt die Debatte in dieser Intensität in Österreich aus. Erst rund ein Jahrzehnt später findet das Schlagwort Ärzteschwemme auch in der österreichischen Medienlandschaft seinen Niederschlag. Der Zeithorizont ist dabei deutlich auszumachen: Von Mitte der 1990er Jahre bis zum Höhepunkt der Debatte im Jahr 2001 verdreifacht sich der mediale Output zu diesem Thema. Nach 2001 flaut die Diskussion medial merkbar ab und erlebt erst Mitte der 2000er Jahre in Zusammenhang mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu Zugangsregelungen an österreichischen Universitäten nochmals kleinere Präsenzausschläge. Zu Beginn der 2010er Jahre zeigen sich noch einzelne Rand-erwähnungen zu diesem Thema, die aber im Rahmen der bis dahin entbrannten Ärztemangel-Debatte zu verorten sind.

Gesamt gesehen stellen die Ärztekammern mit einem Anteil von rund 34 % den wichtigsten Akteur in der Berichterstattung zum Thema Ärzteschwemme dar. Politische Akteure besetzen das Thema zu 31 % und dominieren damit gemeinsam mit den Kammern zu knapp zwei Drittel den Diskurs.

Der Hauptverband mit allen Trägerorganisationen folgt auf Rang drei und nimmt einen Anteil von 22 % ein. Während die Medizin-Universitäten noch 12 % an der Gesamtberichterstattung zum Thema Ärzteschwemme abdecken (vor allem bis ins Jahr 2007), sind Patientenvertretungen über die gesamten 20 Jahre nur marginal am Diskurs beteiligt (ca. 1 %).

1.1 Jahrtausendwende:

Bildungspolitik im Fokus

Am Beginn des Untersuchungszeitraums baut sich die Debatte zum Thema Ärzteschwemme langsam, aber kontinuierlich auf. Ab 1997 zeigen sich in der österreichischen Medienlandschaft erste markante Ausschläge in der Berichterstattung: Ärztekammern und medizinische Universitäten warnen vor einem bevorstehenden Ärzteüberschuss und fordern, mittels Quotenregelung die Anzahl der Studierenden einzudämmen. Wolfgang Schütz, Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Wien, spricht z. B. von einer möglichen Studieneingangsphase. Die Österreichische Ärztekammer geht in diesem Zusammenhang noch einen Schritt weiter und fordert eine „Anpassung der Ausbildungsplätze an den prognostizierten Ärztebedarf“ (Die Presse, 27.5.1997).

Im selben Jahr lässt eine Studie des Österreichischen Bundesinstituts für Gesundheitswesen (ÖBIG), welche vor 20.000 arbeitslosen Ärzten bis 2010 warnt, den seit 15 Jahren regelmäßig wiederholten Wunsch der Stadt Salzburg nach einer eigenen medizinischen Fakultät „platzen“. SPÖ-Gesundheitssprecher Walter Guggenbichler warnt dabei vor der Errichtung einer zusätzlichen Medizin-Fakultät und den damit einhergehenden Anreizen für weitere Studierende (vgl. Kurier, 15.12.1997). Ab 1998 steigt die mediale Präsenz von ÖVP-Gesundheitssprecher Erwin Rasinger, einem der wichtigsten Kommunikatoren zum Thema Ärzteschwemme, erkennbar an. Gemeinsam mit Vertretern der Ärztekammern wird er zu einem der zentralen Player in den späten 1990er und 2000er Jahren hinsichtlich der Regulierung des Medizinstudiums.

Im Vorfeld des Superwahljahres 1999 zeichnen sich im österreichischen Politikbetrieb Umbrüche und Veränderungen ab, die bis dahin etablierte Politiklandschaft beginnt sich zu transformieren. 1999 wird nicht nur der österreichische Nationalrat neu gewählt, sondern auch die Vertretung der Ärzteschaft. So warnt der Präsident der Wiener Ärztekammer, Walter Dorner, im September 1999 – kurz vor der Nationalratswahl – vor dem Beginn eines Medizinstudiums: „Wir wollen niemanden vom Studium abhalten, müssen aber auf die geringen Berufsaussichten aufmerksam machen. [...] wir warnen seit zehn Jahren vor einer Medizinerschwemme“ (Die Presse, 16.9.1999).

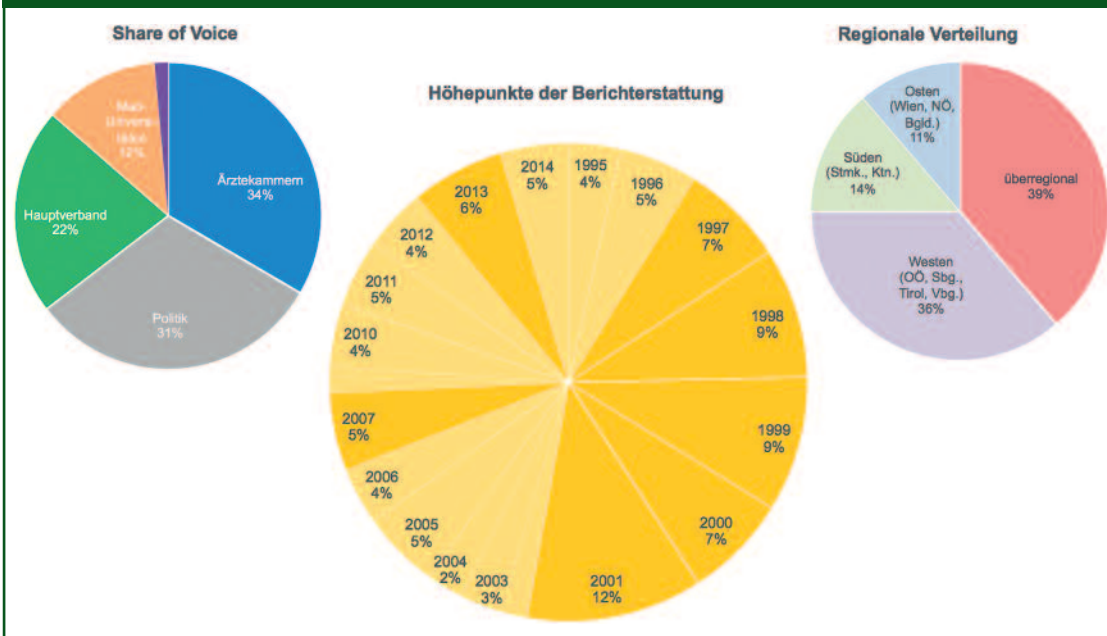
Im Rahmen dessen stellt Dorner erstmals eine Kampagne vor, in der potenzielle Studierende vor dem Beginn eines Arztstudiums gewarnt werden sollen. Die mediale Berichterstattung dazu findet im Frühjahr 2000 ihren Höhepunkt: „Die Medizinerschwemme macht Ärztekammer und Stadtschulrat

Die Debatte beginnt.



Manuel Kerzner, BA ist Politikwissenschaftler und Medienanalyst der APA-DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.

Übersicht „Ärztenschwemme“ inkl. Akteure



Kopferbrechen: Nun startet eine Info-Kampagne. [...] ‚Die Situation ist nicht lustig‘, erklärt Walter Dorner, Präsident der Wiener Ärztekammer. Mit einer Informationskampagne – Kostenpunkt 1,5 Millionen Schilling – wollen Kammer und Stadtschulrat in Maturaklassen darstellen, was es bedeutet, sich fürs Medizinstudium zu entscheiden“ (Die Presse, 28.4.2000).

Unter der schwarz-blauen Regierung Schüssel I werden die Pläne zur Regulierung des Medizinstudiums konkret. FPÖ-Gesundheitsstaatssekretär Reinhart Waneck, der quantitativ wichtigste Kommunikator im Diskurs, fordert einerseits gemeinsam mit Ärztekammerpräsident Otto Pjeta die Einführung von Zugangsbeschränkungen zum Medizinstudium und warnt gleichzeitig mit Nachdruck vor einer drohenden Ärztearbeitslosigkeit (vgl. Neue Kärntner Tageszeitung, 24.1.2001). Untermuert wird der Argumentationsstrang durch eine erneute Studie des ÖBIG, welche ein teils dramatisches Bild von der zu erwartenden Ärzteschwemme zeichnet: ÖBIG-Chefin Michaela Moritz spricht sogar von einer „beginnenden Verelendung einzelner Bereiche der Mediziner“ und dem Entstehen eines „ärztlichen Proletariats“ (Salzburger Nachrichten, 9.10.2000). Im Folgejahr setzt sich das Regulierungsthema fort: „Gesundheitsstaatssekretär Reinhart Waneck (FP), Präsident der Österreichischen Ärztekammer, Otto Pjeta, sowie die Chefin des Bundesinstituts für Gesundheitswesen, Michaela Moritz, schlagen Alarm: Tritt keine Verringerung der Zahl der jährlichen Medizin-Promovenden ein, wird es bis zum Jahr 2020 in Österreich ein Überangebot von rund 9.500 fertig ausgebildeten Ärzten geben. [...] Für die Allgemeinheit bedeute ein Überangebot an Ärzten un-

zählige vergeudete Steuermilliarden und keineswegs eine Verbesserung der medizinischen Versorgung, erklärte Kammerpräsident Otto Pjeta [...], und stellte fest: „Das ist ein zynischer Luxus. Man muss nun endlich der laufenden Illusionszerstörung der Jugend ein Ende setzen““ (Kärntner Tageszeitung, 25.1.2001).

Abseits des von ÖVP und FPÖ sowie den Ärztekammern forcierten bildungspolitischen Themas „Studierendenzahlen“ knüpft am Ende der 1990er Jahre ein zweiter, medial schwächer ausgeprägter Themenstrang an das Thema Ärzteschwemme in Österreich an: die Vergabe von Kassenverträgen. ÖVP-Gesundheitssprecher Erwin Rasinger ist abermals einer der zentralen Kommunikatoren in der Debatte. Den Hauptkritikpunkt stellt dabei die quantitative Beschränkung der Kassenverträge und die damit einhergehende lange Wartezeit von Jungmedizinerinnen auf die zu vergebenden Kassenplanstellen dar. Unterstützt wird Erwin Rasinger in seiner Forderung u. a. von Wiens Ärztekammerpräsident Walter Dorner, der die Chancen wartender Ärzte auf Verträge als „schlecht“ einstuft. Nicht zuletzt werden in diesem Zusammenhang die Kosten von Gruppenpraxen bzw. die Sparpolitik der Krankenkassen medial thematisiert.

Im Jahr 2001 finden sich erstmals vermehrt Stimmen in der Berichterstattung, welche die Ärzteschwemme anzweifeln. Die Kronen Zeitung OÖ startet im Spätsommer eine Aktion, die die Leserschaft dazu auffordert, ihre Erfahrungen in puncto „ewiges Warten auf Arzt-Termine“ bzw. „überfüllte Wartezimmer“ zu schildern: „Von wegen Ärzteschwemme! Im Großraum Lambach haben frustrierte Mitbürger die Nase voll und eine Unter-

Regulierung als Lösung?

schriftenliste initiiert: Binnen kurzer Zeit wurde sie von nicht weniger als 3.617 Leuten unterschrieben. Alle fordern dringend eine Augenarztpraxis, weil sie die Wartezeiten bis zu einem halben Jahr satt haben“ (Kronen Zeitung, 18.09.2001).

1.2 Der Wendepunkt: 2005/2006

Während sich die Berichterstattung in den Jahren 2002 bis 2004 zusehends beruhigt, kann in den Jahren 2005 und 2006 von einem Wendepunkt in der Debatte gesprochen werden. Im Jänner 2005 fordert Ärztekammerpräsident Reiner Brettenthaler nach wie vor vehement die Beschränkung des Medizinstudiums, wenngleich sich v. a. an den Medizin-Universitäten Unmut über ein aufkommendes Nachwuchsproblem breitzumachen beginnt. Brettenthaler dazu wörtlich: „Jetzt werden zu viele ausgebildet, deswegen fahren Kollegen jahrelang Taxi und vergessen, was sie gelernt haben. Diese Planlosigkeit ist zynisch“ (Die Presse, 22.1.2005).

Nahezu zeitgleich nimmt auf regionaler Ebene allmählich das Thema Ärztemangel im Vergleich zum Thema Ärzteschwemme überhand: Ausgehend von Oberösterreich konstatieren ÖVP-Bezirksfunktionäre einen Fachärztemangel im Raum Vöcklabruck. Mit den OÖ Nachrichten bzw. der OÖ Rundschau werden im Zuge dessen erstmals Medien mit regionalem Schwerpunkt breitenwirksam und meinungsbildend aktiv. Neben Oberösterreich regen sich zudem Stimmen in regionalen Tageszeitungen von weiteren Bezirksfunktionären zum Thema Ärztemangel in Spitälern (Tiroler Tageszeitung, Kleine Zeitung, Salzburger Nachrichten).

Mitte des Jahres, im Juli 2005, kommt es aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs über die gemeinschaftswidrigen Zugangsbeschränkungen an österreichischen Universitäten zu einem medial attestierten „Ausnahmestandard“ an heimischen Hochschulen. Aufgrund der urteilsbedingten Öffnung des Hochschulzugangs für Studierende aus dem EU-Ausland entwickelt sich in der Voranmeldungsphase ein veritabler Ansturm deutscher Studierender. Die daraufhin abgebrochene Anmeldephase an der Medizinischen Universität Wien lässt Boulevardmedien u. a. titeln: „Deutsche Studenten stürmen die heimischen Universitäten“ (News, 14.7.2005).

Wenngleich die Ärztekammern im Jänner 2005 noch von „zynischer Planlosigkeit“ hinsichtlich der Medizinerschwemme sprechen, wird nun aufgrund der neuen Tatsachen erstmals deutlich ein potenziell bevorstehender Ärztemangel thematisiert. „Wenn wir künftig überwiegend Deutsche ausbilden und diese nach dem Studium nach Deutschland gehen, haben wir in sechs Jahren zu wenige Ärzte“, so Ärz-

tekammerpräsident Reiner Brettenthaler (Kurier, 13.7.2005). Die Bundesregierung hält zu dieser Zeit medial noch stark dagegen, Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat zerstreut die Bedenken der Ärztekammern und meint, es bestehe „kein Grund zur Sorge“, die Ärztekammern würden „maßlos überziehen“ (Neues Volksblatt, 13.7.2005). Dennoch reagiert die Bundesregierung mit einer Beschränkung der Studienplätze in insgesamt acht Fächern, darunter Human- und Zahnmedizin. Anfang 2006 präsentiert Bildungsministerin Elisabeth Gehringer eine Lösung gegen den Medizineransturm aus Deutschland: Mittels Quotenregelungen soll gewährleistet werden, dass 75 % der Anfängerplätze an österreichische Studierende vergeben werden.

Der Begriff Ärzteschwemme wird ab 2005/2006 nur noch überwiegend in Zusammenhang mit einem bevorstehenden Ärztemangel thematisiert. Einzig das ÖBIG veröffentlicht Mitte 2006 noch eine Studie mit der Conclusio: „Österreich bildet wesentlich mehr Ärzte aus, als im heimischen Gesundheitssystem gebraucht werden“ (Salzburger Nachrichten, 24.5.2006).

Aufgrund der Fokussierung der Ärzteschwemme-Debatte auf eine relativ kleine Gruppe von Betroffenen (Maturanten, Studierende, Jungmediziner) und einer mehrheitlich überregionalen Ausprägung der Berichterstattung lässt sich attestieren, dass das Thema Ärzteschwemme spätestens am Höhepunkt des Diskurses im Jahr 2001 zu einem bildungspolitischen Elitenthema wird. Der überregionale Anteil der Berichterstattung liegt bei rund 40 %. Dies ist darauf zurückzuführen, dass unter den Top-5-Berichterstattern (Salzburger Nachrichten, Die Presse, Kronen Zeitung, Kurier, Der Standard) nur eine regionale Tageszeitung zu finden ist und regionale Mutationen eine untergeordnete Rolle im Diskurs einnehmen. Damit einhergehend lässt sich eine auf niedrigem Niveau befindliche, homogene Verteilung der einzelnen Bundesländer beobachten: Einzig das Bundesland Salzburg bewegt sich, v. a. aufgrund der jahrelang präsenten Forderung nach einer eigenen medizinischen Fakultät, über der 15%-Schwelle. Alle weiteren Bundesländer weisen durchschnittlich einen Anteil von 6 % an der Gesamtberichterstattung auf.

In den analysierten Jahren 1995 bis 2014 werden in Summe 284 Beiträge zum Thema Ärzteschwemme verzeichnet. Im Vergleich zum Ärztemangel lässt sich dabei ein quantitativ erhebliches Ungleichgewicht ablesen: Mit 3.697 Beiträgen ergibt sich ein unverhältnismäßig größerer Anteil am Gesamtdiskurs. 93 % der Gesamtberichterstattung behandeln den Mangel an Ärzten in Österreich, wobei der Fokus eindeutig auf den letzten vier Jahren

Ärztteschwemme: ein bildungspolitisches Elitenthema.

des Untersuchungszeitraums liegt. Allein im Jahr 2014 werden dazu 896 Beiträge bzw. knapp ein Viertel der gesamten Präsenz verzeichnet.

2 Chronologie des Diskurses zum Thema Ärztemangel

Das bis 2006 unterschwellig transportierte Thema Ärztemangel ist aufgrund einer Europäisierung der Thematik ab Mitte der 2000er Jahre medial präsent und wird in weiterer Folge ab 2011 durch eine Regionalisierung der Berichterstattung geprägt.

Im Unterschied zur Ärzteschwemme-Thematik, welche in erster Linie von den Ärztekammern getragen wird, dominieren die Debatte zum Thema Ärztemangel zu 40 % politische Akteure. In rund jedem zehnten Beitrag zum Thema Ärztemangel findet z. B. der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer Eingang in die Berichterstattung, womit er den wichtigsten Kommunikator des Diskurses darstellt. Zudem finden sich unter den Top-10-Personenakteuren neben LH Pühringer noch fünf weitere Landes- bzw. Bundespolitiker.

Die Ärztekammern stellen mit einem Anteil von rund 27 % den zweitwichtigsten Akteur zum Thema dar. Die Medizin-Universitäten werden in rund 18 % der Beiträge thematisiert und nehmen somit im Vergleich zur Ärzteschwemme einen höheren Stellenwert in der Berichterstattung ein. Der Hauptverband mit allen Trägerorganisationen folgt auf Rang vier mit einem Anteil von 14 %. Patientenvertretungen besetzen erneut eine untergeordnete Rolle im Ärztemangel-Diskurs.

2.1 Mitte der 2000er: Europäisierung der Thematik

Während das Thema Ärzteschwemme hauptsächlich in einem rein österreichischen Rahmen medial thematisiert wird, stellt sich das Thema Ärztemangel als ein Problem europäischen Umfangs dar. Dementsprechend ändern sich auch die involvierten Akteure bzw. auch deren Argumentationsstil. Die Debatte findet in der Mitte der 2000er Jahre mehrheitlich auf anderen politischen Ebenen statt, als dies noch beim Medizinerüberschuss der Fall war. Die erste Präsenzspitze im Ärztemangel-Diskurs ist in den Jahren 2005 und 2006 erkennbar. Wie bereits erläutert, geraten die österreichischen Universitäten aufgrund des EuGH-Urteils in einen „Ausnahmezustand“. Neue, vermeintlich gemeinschaftsrechtskonforme Zugangsregelungen kommen ins Gespräch. First come – first serve, Numerus clausus, Studiengangphasen, Herkunftsprinzip und weitere Konzepte werden parlamentarisch und medial intensiv debattiert und führen im Jahr 2006 zur Einführung einer Quotenregelung an Medizin-Universitäten. Bildungs- und Wissenschaftsministerin Eli-



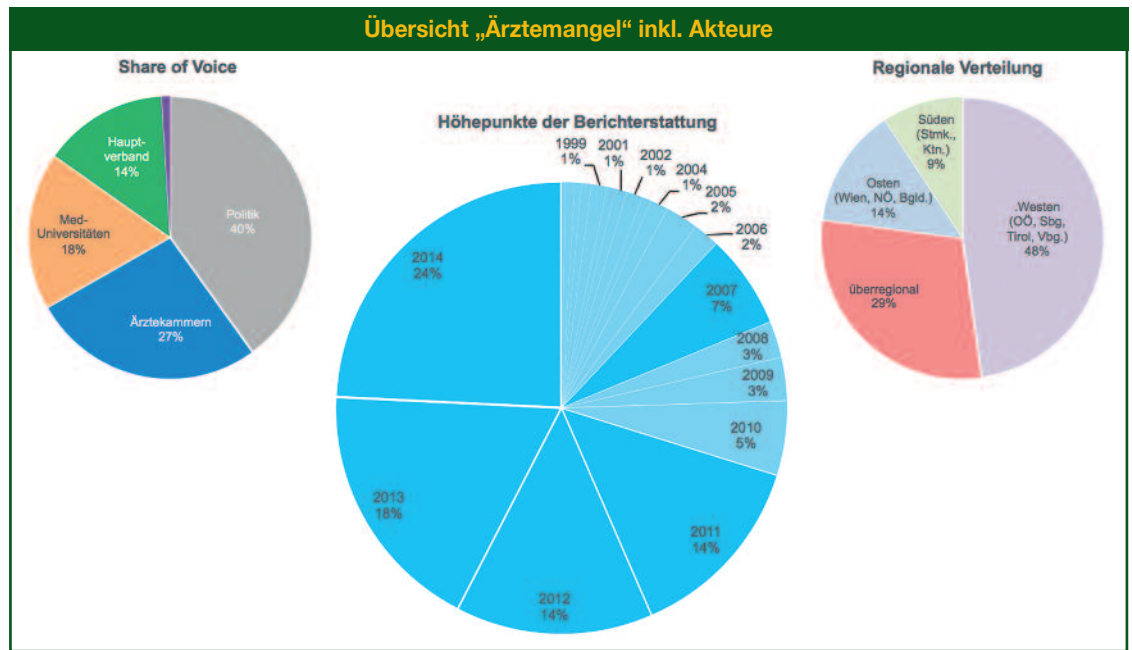
© Wavabreakmedia/Micro - Fotolia.com

sabeth Gehrler dazu: „Mit der Quote ist der Mediziner-Nachwuchs gesichert“ (Kleine Zeitung, 14.2.2006). Die Bundesregierung wöhnt sich mit der sogenannten „Safeguard-Regelung“ auf der rechtlich sicheren Seite.

Anders sieht dies die EU-Kommission: Im Jänner 2007 strengt sie erneut ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich an, welches durch eine seitenstarke, studiengestützte Argumentationsschrift von der österreichischen Bundesregierung Mitte des Jahres beantwortet wird. Wissenschaftsminister Johannes Hahn argumentiert dahingehend, dass eine akute „Gefährdung unseres Gesundheitssystems bei einer Freigabe des Uni-Zugangs“ bestünde, die Quotenregelung deshalb „notwendig, korrekt und richtig“ sei (Salzburger Nachrichten, 26.5.2007). Diese Aussagen basieren auf der Annahme eines bevorstehenden Ärztemangels, der ausschließlich durch eine Quotierung des universitären Zugangs eingedämmt werden kann. Kanzler Alfred Gusenbauer übernimmt den Argumentationsgang und tritt in Verhandlungen mit EU-Kommissionspräsident Barroso, um das eingeleitete Strafverfahren abzuwenden. Im Oktober 2007 kündigt die EU-Kommission schließlich an, das Strafverletzungsverfahren für fünf Jahre (bis 2012) auszusetzen. Voraussetzung für diesen Aufschub ist ein regelmäßiger Nachweis eines Ärztemangels in Österreich.

Der wiederholte Beleg eines potenziellen Mangels an Ärzten wird somit ab 2007 zur notwendigen Voraussetzung, um längerfristig eine Mediziner-Quote auf EU-Ebene rechtfertigen zu können. Damit einher geht eine Institutionalisierung der Thematik, die für alle weiteren Bundesregierungen – bis heute – aufrecht ist. In den Jahren 2008 und 2010 flacht die Thematik quantitativ etwas ab, um ab 2011 förmlich zu „explodieren“. In dieser Phase findet die regionale Verortung der Berichterstattung mehrheitlich in Westösterreich, sprich Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, statt, was in weiterer Folge als Indikator für die 2010er Jahre zu verstehen ist. Die

Politik-Akteure als führende Kommunikatoren.



**Medizin-Universität Linz:
Absage oder Umsetzung?**

Salzburger Volkszeitung etwa meint am 19.4.2008: „Immer mehr heimische Ärzte wandern nach Deutschland ab. Im Vorjahr gingen rund 350 österreichische Mediziner ins Nachbarland, heuer sollen es noch mehr werden. Und der Bedarf in dem an Ärztemangel leidenden Nachbarstaat ist längst nicht gedeckt.“ Der Verweis auf Deutschland scheint berechtigt und wichtig, da eine zeitliche Verschiebung bereits bei der Thematik Ärzteschwemme zu attestieren war. Im überregionalen Medium medianet ist dazu bereits am 11.4.2008 zu lesen gewesen: „Vor allem in ländlichen Regionen und den neuen Bundesländern herrsche enormer Bedarf. Derzeit gebe es rund 16.800 ausländische Ärzte in Deutschland, [...] die meisten davon kommen aus Russland, Griechenland und Österreich. Gesucht werden sowohl Assistenzärzte zur Facharztausbildung als auch Oberärzte und leitende Ärzte.“ Die Verlagerung der Berichterstattung nach Westen wird auch durch die vermehrte Kommunikation von Peter Niedermoser, dem Präsidenten der oberösterreichischen Ärztekammer, deutlich, der im September 2008 konstatiert: „Es droht in zehn bis zwölf Jahren ein Ärztemangel in Oberösterreich“ (OÖ Nachrichten, 24.9.2008). Niedermoser sieht in diesem Zusammenhang die Attraktivierung der Arbeitsplätze für Jungärzte bzw. die Erhöhung des Studienangebots für angehende Mediziner als Voraussetzung, um die Gesundheitsversorgung im Land Oberösterreich zu sichern. Als Lösungsansatz knüpft Niedermoser an den bereits 2002 formulierten Gedanken von LH Josef Pühringer an, der eine eigene Medizin-Universität in Linz vorsieht. „Es gibt nur positive Argumente für eine Medizin-Uni in Oberösterreich“, so Peter Niedermoser (OÖ Rundschau, 21.12.2008). Zu Beginn des Jahres 2009 präsentiert LH Josef

Pühringer eine von SP-Gesundheitslandesrätin Silvia Stöger beauftragte Studie, die einen drohenden Fachärztemangel in Oberösterreich belegt. „Wenn nicht umgehend wirksame Gegenmaßnahmen getroffen werden, wird sich die medizinische Versorgung der Bevölkerung spätestens in 10 bis 15 Jahren deutlich verschlechtern“, so Stöger (Kronen Zeitung, 9.1.2009). Die Warnung geht mit der Forderung nach einer eigenen Ausbildungsstätte in Oberösterreich einher und untermauert deren Dringlichkeit. Unmittelbar nach Präsentation dieser Studie erteilt Wissenschaftsminister Hahn einer Medizin-Universität in Linz eine vorläufige Absage und sorgt damit für Empörung bei Ärztekammer und Landespolitik. Für Silvia Stöger ist Hahns Absage „inakzeptabel und kurzsichtig“, auch „Grüne (‘Hahns Argumente sind unlogisch‘), FPÖ (‘eine richtige Ohrfeige‘) und BZÖ (‘zentralistische Abgehobenheit‘) sparen nicht mit Kritik. Der gemeinsame Tenor: Wenn nicht umgehend die Weichen für eine Medizin-Uni in Linz gestellt würden, drohe in den kommenden vier bis fünf Jahren ein akuter Ärztemangel“ (Österreich, 24.1.2009). Die quantitative Medienpräsenz zum Thema Ärztemangel verläuft zu Ende der 2000er Jahre auf konstantem, überschaubarem Niveau: Unter anderem wiederholt sich die stetige Forderung nach einer Medizin-Hochschule in Linz, es werden weitere Gründe für die Abwanderung (wie z. B. Wegfall der Hausapotheken, Landflucht) thematisiert sowie die seit 2007 aufrechte Quotenregelung debattiert. Die bis dato erhobenen Präsenzen stehen vor dem Jahr 2011 in keiner Relation zu den Entwicklungen der Folgejahre. Das Thema Ärztemangel wird ab 2011 in einem davor nicht erkennbaren Ausmaß virulent: In Zahlen ausgedrückt ergeben sich zwischen An-

fang 2011 und Ende 2014 mehr als zwei Drittel der Gesamtberichterstattung der vergangenen 20 Jahre zum Thema Ärztemangel.

2.2 2011 bis 2014: Regionalisierung und Emotionalisierung der Thematik

Die letzten vier analysierten Jahre in der medialen Debatte rund um das Thema Ärztemangel konzentrieren sich im Wesentlichen auf zwei zentrale Politikfelder: Bildungspolitik und Gesundheitspolitik. Medial beinhaltet die bildungspolitische Debatte hauptsächlich die Themen Quotenregelung und Medizin-Universität Linz, wobei hervorzuheben ist, dass die Uni-Thematik der stärkste Präsenztreiber im gesamten Untersuchungszeitraum ist. Die gesundheitspolitische Dimension des Diskurses umfasst einerseits die österreichische Gesundheitsreform und andererseits, quantitativ weit dominanter, drohende Versorgungsengpässe im Gesundheitssystem.

Im Jahr 2011 setzen sich Wissenschaftsministerin Beatrix Karl und Bundeskanzler Werner Faymann auf EU-Ebene für eine Verlängerung der Quotenregelung bzw. für ein weiteres Aussetzen des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Österreich ein. Die Argumentation der Bundesregierung baut darauf auf, dass „man erst 2015 ausreichend Zahlenmaterial zur Verfügung habe, um einen drohenden Mediziner-mangel nachweisen [zu können]“ (Wiener Zeitung, 8.10.2011). Karlheinz Töchterle, Karls Nachfolger im Wissenschaftsministerium, kann rund ein Jahr später bekannt geben, dass das Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich für weitere vier Jahre ausgesetzt und die Quotenregelung im Medizinstudium bis 2016 verlängert wird. Davon lässt sich ableiten, dass im Jahr 2016 entweder ein weiteres Aussetzen des Vertragsverletzungsverfahrens eintritt oder alternative Maßnahmen in der Regelung des Hochschulzugangs getroffen werden müssen.

Mit der im Jahr 2012 vereinbarten Gesundheitsreform eröffnet sich eine präsenzstarke gesundheitspolitische Dimension der Ärztemangel-Debatte. Die Österreichische Ärztekammer sieht in der Umsetzung der Gesundheitsreform eine Gefährdung der medizinischen Versorgung. Laut Ärztekammer stellt die geplante Gesundheitsreform nichts weiter als ein massives Sparpaket dar, es drohen Zentralisierung, Verstaatlichung und rein ökonomische Leistungskürzungen – eine Verschärfung des Ärztemangels mit einhergehenden Versorgungsengpässen sei die logische Konsequenz. Mit einem Protestkonvent der Österreichischen Ärztekammer gegen die geplante Gesundheitsreform beginnt ein medialer Schlagabtausch zwischen Ärztekammer und Hauptverband. Laut dem Vorsitzenden des Haupt-

verbandes der Sozialversicherungsträger, Hans Jörg Schelling, betreibt die Ärztekammer bezüglich der Gesundheitsreform „Fundamentalopposition“ (Vorarlberger Nachrichten, 19.6.2012). Als Antwort auf die Kritik der Ärztekammer legt Schelling der Ärzteschaft einen 10-Punkte-Katalog mit Forderungen vor – zentraler Punkt dabei: die Ärztekammer solle Jungärzte bei ihrer Niederlassung im ländlichen Raum unterstützen. „Angesichts des von der Ärztekammer herbeigeredeten Ärztemangels [sei gerade dieser Punkt] ein besonderes Anliegen“, so Schelling. Dazu weiter: Von einem Mangel könne überdies „keine Rede sein“ (Wiener Zeitung, 23.11.2012). Mit den ersten Maßnahmen der Ende 2012 beschlossenen Gesundheitsreform bricht die direkte mediale Konfrontation ab. In den Folgejahren bleibt das Thema Gesundheitsreform zwar Teil des Diskurses, wird aber nahezu ausschließlich in Zusammenhang mit den attestierten Versorgungsengpässen thematisiert.

Die mehrheitlich in Westösterreich geführte Debatte zum Thema Versorgungsengpässe beginnt bereits 2011 virulenter zu werden. So wird z. B. in Vorarlberg die Abwanderung heimischer Mediziner als Folge einer klaffenden Gehaltsschere zwischen österreichischen und Schweizer bzw. süddeutschen Ärzten dargestellt. „In Süddeutschland liegt das monatliche Einkommen eines Spitalsarztes um ein Drittel über dem seiner Vorarlberger Kollegen. Die Schweizer Krankenhäuser greifen noch tiefer in die Taschen und zahlen um das Doppelte mehr“ (Vorarlberger Nachrichten, 2.3.2012).

In Tirol ist die Diskussion um den Landärztemangel präsent: In den Tiroler Bezirksblättern vom 21.3.2012 spricht der Präsident der Ärztekammer für Tirol, Artur Wechselberger, über die Notwendigkeit von Hausapotheken für das Überleben von Tiroler Landärzten – nicht nur in entlegenen Tälern, sondern auch in Tourismusgebieten und im Raum Innsbruck komme es bereits zu Engpässen.

In Oberösterreich werden 2011 v. a. in Innviertler Spitälern fehlende Turnusarztstellen beklagt: „Früher gab es acht bis zehn Ärzte, die sich um eine Stelle beworben haben, heute sind es einer oder maximal zwei“ (OÖ Nachrichten, 9.12.2011). Besonders im ländlichen Raum wird die Qualität der ärztlichen Versorgung öffentlich in Frage gestellt. 2012 sollen erstmals bereits 30 Turnusärzte an oberösterreichischen Spitälern fehlen. Peter Niedermoser attestiert dazu im Standard vom 13.2.2013: „In Oberösterreich mangelt es derzeit vor allem an Turnusärzten. Dadurch werden uns im Jahr 2020 zwischen 180 und 200 Fachärzte fehlen.“ Als Hauptgründe des ärztlichen Nachwuchsproblems werden hauptsächlich folgende Punkte angeführt: Durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit eröffnet sich die Möglichkeit

Ärztemangel: Beitragsmenge explodiert.

der Abwanderung ins europäische Ausland, unattraktive Arbeitsbedingungen in Österreich (z. B. Turnusärzteausbildung, Ärztegehälter, Arbeitszeiten) forcieren die Abwanderung noch zusehends und eine Überalterung der bestehenden Ärzteschaft sowie limitierte Studienplätze an österreichischen Hochschulen beschränken den Nachwuchs. „Ärztekammer-Chef Peter Niedermoser wundert sich nicht über den zunehmenden Ärztemangel und sieht vor allem ‚schlechte Arbeitsbedingungen‘ von Ärzten und Turnusärzten als Hauptursache des Problems. Lange Dienstzeiten, der Stressfaktor Bürokratie und schlechte Ausbildung würden viele abschrecken“ (Kronen Zeitung, 9.10.2013).

Auch in den weiteren Bundesländern West- und Südöstereichs regt sich Unmut über den vermeintlichen Ärztemangel: So versucht z. B. die Salzburger Gemeinde Großarl mittels eines „Marsches nach Wien“ einen Jungmediziner nach Salzburg zu „locken“ (vgl. Kurier, 12.11.2014). Drastisch formuliert dies der Präsident der Kärntner Ärztekammer, Josef Huber, der die gesundheitliche Versorgung der Kärntner Bevölkerung bedroht sieht. Er spricht von einer „dramatisch schlechten“ Ausbildungssituation, einem Missbrauch der Turnusärzte als „System-Erhalter“ und „unzumutbaren Perspektiven“ für Jungärzte (vgl. Kärntner Tageszeitung, 30.3.2013). Hinsichtlich der wiederkehrenden Wortwahl der Ärztekammern warnt die OÖ Gebietskrankenkasse im April 2014 vor einer „Hyste-

rie“ und „Panikmache“ rund um den Begriff Ärztemangel: „Wir haben kein Mengenproblem, sondern ein Strukturproblem“ (Kronen Zeitung, 17.4.2014). Der Vorstandsvorsitzende des Hauptverbandes, Peter McDonald, stellt dazu in einem Presse-Interview vom 23.10.2014 klar, dass „Österreich [...] eine der höchsten Ärztedichten weltweit [hat]“.

Hinsichtlich der jahrelang attestierten Bedrohung der Versorgungssicherheit befindet sich der Diskurs nun erstmals auf einer für die breite Leserschaft erkennbaren, emotionalisierenden Ebene. Im Vergleich zur Ärzteschwemme-Debatte, welche sich auf eine relativ kleine Gruppe von Betroffenen beschränkt, betrifft das Thema Ärztemangel unverhältnismäßig viele Adressaten, nämlich alle Patientinnen und Patienten. Als Ausweg aus der von den Ärztekammern sowie Bezirks- und Landespolitik bescheinigten Bedrohungslage für das Gesundheitssystem erscheint nun seit den frühen 2010er Jahren v. a. in Oberösterreich die Ausbildung von zusätzlichen Ärzten als Ultima Ratio der Debatte: die Medizin-Universität in Linz.

LH Josef Pühringer und der Präsident der Ärztekammer für Oberösterreich, Peter Niedermoser, engagieren sich hierbei gemeinsam für die Errichtung einer vierten öffentlichen Ausbildungsstätte für Medizin und erreichen mit diesem Thema spätestens ab 2011 eine breite Öffentlichkeit in Oberösterreich. Darüber hinaus macht der oberösterreichische Landeshauptmann auch Druck auf der Bundesebene und appelliert in diesem Zusammenhang am 7.2.2011 im Neuen Volksblatt: „Die Medizin-Universität ist eines der größten Anliegen der Landespolitik, [wir] gehen diesen Weg konsequent weiter.“ Die Initiative der OÖ Nachrichten namens „Ärzte für Oberösterreich“ unterstützt die Forderung nach einer eigenen Medizin-Fakultät – mehr als 136.000 Unterschriften werden u.a. an Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle übergeben (vgl. OÖ Nachrichten, 6.4.2012). In Folge spricht Peter Niedermoser davon, dass „es vom Bund gar unverantwortlich“ wäre, „das in den Startlöchern stehende Projekt in Linz nicht zu realisieren“ (Neues Volksblatt, 21.7.2012).

Ende 2012 werden mit der Präsentation des sogenannten „Linzer Modells“ die Pläne für eine Medizinische Fakultät in Oberösterreich konkret. Landeshauptmann Josef Pühringer, Landeshauptmann-Stv. Josef Ackerl (SP), der Linzer Bürgermeister Franz Dobusch (SP) und der Rektor der Johannes Kepler Universität, Richard Hagelauer, stellen ein von Stadt, Land, Universität und Medizinischer Gesellschaft ausgearbeitetes Modell zur medizinischen Fakultät vor (vgl. OÖ Nachrichten, 14.12.2012). Pühringer erhebt dabei Anspruch auf die Mediziner-ausbildung im eigenen Bundesland, um die medizi-

Pühringer: Wir haben ein Recht nicht übergangen zu werden.

© Daniel Ernst - Fotolia.com



nische Versorgung der oberösterreichischen Bevölkerung gewährleisten zu können: „Daran führt kein Weg vorbei, wir werden daher im nächsten Jahr den politischen Druck verstärken.“ Oberösterreich sei der bedeutendste Wirtschaftsstandort, man sei in allen Bereichen Nettozahler — „wir haben daher ein Recht, von der Republik nicht übergangen zu werden“ (Neues Volksblatt, 15.12.2012).

Anfang des Jahres 2013 wird erstmals für eine breite Leserschaft die baldige Umsetzung und Finanzierung des Projektes ersichtlich. Wie die Tiroler Tageszeitung am 24.4.2013 schreibt, sei laut Kanzler Werner Faymann die Medizin-Uni „auf guter Schiene“. Auch Karlheinz Töchterle spricht von einer baldigen Entscheidung, betont aber, dass für eine finale Entscheidung noch „wesentliche Fragen“ beantwortet werden müssen. Gegenwind erfährt das Projekt zu dieser Zeit nur noch von Gesundheitsexperten wie Ernest Pichlbauer, der die Fakultät für einen „PR-Gag“ hält und von einem „reinen Prestigeobjekt“ spricht (vgl. Kurier, 26.4.2013). Auch der gebürtige Linzer Genetiker Markus Hengstschläger sowie der Rektor der Medizin-Uni Wien Wolfgang Schütz bezweifeln, dass mehr Studienplätze automatisch das Problem des Ärztemangels lösen würden. Einer der zentralen Sätze ihres Gastkommentars in der Presse vom 28.3.2013 lautet: „Ziel muss sein, Abwanderungen, Berufsniederlegungen und vorzeitige Pensionierungen im Arztberuf zu vermeiden. Dazu muss auch Oberösterreich beitragen. Aber ein vierter medizinischer Uni-Standort wird zum Erreichen dieses Ziels nichts beitragen.“

Medial präsenter sind jedoch, mit einem deutlich höheren Anteil, die Befürworter und Initiatoren der neuen Medizin-Universität. Das lange Warten auf eine Entscheidung nimmt mit dem 13.8.2013, dem finalen Beschluss im Ministerrat, ein Ende. Das Neue Volksblatt titelt dazu am 14.8.2013 mit „Geburtsurkunde für Linzer Med-Fakultät“ und spricht von „Erleichterung, Stolz und Freude“. Im letzten Jahr des analysierten Untersuchungszeitraums fällt der Startschuss für die ersten 60 Studierenden der Medizin-Universität Linz. LH Josef Pühringer bekräftigt im Zuge der Gründungsfeier erneut die Notwendigkeit der neu beschlossenen Universität: „Wir setzen mit der Realisierung der Medizin-Fakultät den ersten wichtigen Schritt gegen den Ärztemangel. Um Oberösterreichs Medizinstudentinnen und -studenten auch nach Abschluss ihres Studiums im Bundesland halten zu können, müssen sie daher auch in Oberösterreich studieren können“ (Neues Volksblatt, 27.9.2014).

Es kann festgehalten werden, dass der Diskurs zum Thema Ärztemangel eine überwiegend regionale Dimension aufweist. Nahezu 50 % der Berichterstattung findet in westösterreichischen Medien bzw.



© Kzenon - Fotolia.com

Mutationen statt. Die zentrale Region stellt dabei das Bundesland Oberösterreich dar: Hier werden alleine ein Viertel aller Beiträge verbucht. Im Vergleich zum Thema Ärzteschwemme nimmt der überregionale Anteil um elf Prozentpunkte auf einen Anteil von rund 29 % ab. Unter den Top-15-Berichterstattern finden sich alleine zehn rein regional verortete Tages- und Wochenzeitungen (v. a. OÖ Nachrichten, Vorarlberger Nachrichten, Neues Volksblatt, Tiroler Tageszeitung, OÖ Rundschau).

3 Fazit

Abschließend lassen sich in Anbetracht der vorliegenden Untersuchung wesentliche Unterschiede der beiden analysierten medialen Diskurse festmachen. So sind beide Stränge in klar auszumachende Politikfelder einzuordnen: Während sich die Ärzteschwemme-Thematik überwiegend mit bildungspolitischen Aspekten beschäftigt, zeigt sich die Ärztemangel-Debatte ausdifferenzierter und multidimensionaler. Mit dem Wendepunkt der Jahre 2005/2006 kann das Thema Ärzteschwemme medial als abgeschlossen bezeichnet werden. Ärztemangel hingegen stellt eine in den letzten Jahren kontinuierlich wachsende Thematik dar, bei der neben bildungs- und europapolitischen Aspekten auch ganz maßgeblich Gesundheitspolitik eine zentrale Rolle in der Berichterstattung einnimmt. Die Ärzteschwemme-Problematik kann darüber hinaus als „Elitentema“ identifiziert werden, Ärztemangel hingegen betrifft potenziell eine breite Bevölkerungsschicht. Daraus abgeleitet ergibt sich aufgrund der gefühlten Nähe des Themas Ärztemangel ein deutlich höheres Emotionalisierungspotenzial. Dies belegt auch die starke Regionalisierung der Berichterstattung, welche eine unmittelbare Betroffenheit vor Ort aufzeigt und im Vergleich zum Thema Ärzteschwemme die überregionale Medienpräsenz prozentuell und zahlenmäßig bei weitem übersteigt.

Reines Prestigeobjekt oder "Erleichterung, Stolz und Freude"?